

Haushaltsrede

14.12.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter*innen der Presse, liebe Besucher*innen,

vor rund 8 Wochen fand an dieser Stelle eine nichtöffentliche Ratssitzung statt mit dem Zweck, die Beteiligten über die schwierige Haushaltslage in der Stadt Meerbusch zu informieren und für einen maßvollen Umgang in den nachfolgenden Beratungen zu werben.

Was ist davon geblieben? **Nichts**

Nachdem nun die Beratungen in den Fachausschüssen abgeschlossen sind und der Haushalt in der heutigen Sitzung verabschiedet wird, ist eines klar geworden:

Die klare und eindeutige Botschaft des Bürgermeisters und des Kämmerers sind maximal akustisch angekommen, inhaltlich scheint es kein Verständnis gegeben zu haben, anders lassen sich diverse Aussagen und Abstimmungsergebnisse in den letzten Wochen nicht erklären.

Erstes Beispiel: Das IHKO - ausführlich das integrierte Handlungskonzept Osterath. Meine Fraktion hat die Streichung aller Mittel hierfür aus dem Haushalt beantragt. Dieses hätte zu einer Entlastung von ca. 14 Millionen Euro (über mehrere Jahre) geführt. Ja, es wird Fördermittel geben, aber am Schluss bleibt ein fast zweistelliger Millionenbetrag für die Stadt, für Maßnahmen, die alle bestenfalls nice to have sind, aber sicherlich in Anbetracht der

schwierigen Situation nicht zwingend notwendig. Der Hinweis des BM, dass nur Maßnahmen umgesetzt werden, die entweder drittfinanziert oder gesetzlich gefordert sind, wird hier missachtet. Auch die Tatsache, dass eine Kernmaßnahme des Konzeptes, nämlich der Umbau der Barbara Gerretz Schule in ein Bildungszentrum in naher Zukunft nicht realisiert werden kann, weil diese sinnvollerweise als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird, schreckt niemanden davon ab, diese Planung weiter zu verfolgen. Vielleicht brauchen wir diese Unterkunft ja nicht so lange heißt es dann auf Seiten von CDU und FDP. Nichts gegen Optimismus, aber das ist einfach nur realitätsfremd.

Genauso überraschend verlief die Diskussion zu unserer Beantragung eines Sperrvermerks für die Mittel für die alte Hauptfeuerwache in Osterath.

Da tauchen unerwartet im Haushaltsentwurf 570.000 € auf, die investiv an der alten Hauptfeuerwache benötigt würden, bevor diese optimistischer Weise im Jahre 2029 oder 2030 abgerissen wird. Das übliche demokratische Mittel des Sperrvermerks, welcher dazu führen würde, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Feuerwehrausschusses diese Maßnahmen vorstellen würde, bevor die Mittel bereitgestellt werden wird auch wieder niedergestimmt. Auch die Tatsache, dass erst 2 Stunden vor der Sitzung dazu in Session ein Dokument eingestellt und bisher nie darüber beraten, schon gar nicht beschlossen wurde, ändert nichts an der Haltung. Und warum für 4 neue Mitarbeitende 10 zusätzliche Stellplätze benötigt werden, dürfte wohl ein mathematisches Geheimnis der Verwaltung bleiben.

Die gleiche Kritik greift auch bei den Baukosten für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Osterath.

Diese sind mittlerweile von anfänglich 5,4 Millionen auf über 9 Millionen angestiegen, ohne dass jemals ein Fachausschuss über ein Raumkonzept oder die Bedarfe diskutiert hat. Nicht mehr als das war auch hier das Ansinnen des Sperrvermerks – abgelehnt!

Wir müssen akzeptieren, dass evtl. so beschlossen wird, aber dass CDU und FDP damit verhindern, dass das überhaupt beraten wird, das ist der Knaller.

Und nicht, dass das missverstanden wird, der Brandschutz ist für uns ein wichtiges Kernthema. Nur müssen bei solchen Millionenentscheidungen die zugehörigen Gremien mit einbezogen werden, wie es demokratisch auch vorgesehen ist.

Erschreckt hat uns dieses Jahr auch die Tatsache, dass kein Antrag, der nicht aus der Feder von CDU und FDP stammte, mehrheitsfähig war.

Dies ist ein Novum, zumindest seitdem ich mich in Meerbusch politisch engagiere. CDU und FDP haben alles niedergestimmt, mit teilweise abstrusen Argumenten. Mein Lieblingsbeispiel hierfür sind die Trinkwasserbrunnen, welche immerhin von 3 Fraktionen beantragt, von 5 Fraktionen unterstützt wurden. Eure Argumente: „Wenn ich Durst habe, gehe ich in den Supermarkt und kaufe mir eine Flasche Wasser“, oder: “ ich will aus sowas nicht trinken“ und „mit wieviel fangen wir denn an und wo hört das Ganze auf“, waren die unsinnigsten Argumente gegen diese sinnvolle Maßnahme zum Thema Klimaresilienz (übrigens im Klimaschutzkonzept beschlossen). Unglücklicherweise stimmt die Verwaltung in diesem Kanon auch noch ein. Eine Umsetzung sei sehr schwierig aus hygienischen Gründen, man berufe sich dabei auf eine Einschätzung des Kreisgesundheitsamtes.

Trinkwasserbrunnen gibt es übrigens schon in vielen Kommunen in Deutschland In Düsseldorf z.B. gib es bereits 15 Standorte, in Wien stehen gar 1300 zur Verfügung, ganz zu schweigen von weiteren Ländern. Fazit: Es geht weltweit, aber in Meerbusch nicht.

Nachfolgend erlaube ich mir noch eine weitere Einschätzung. Wir haben alle im Rahmen dieser Haushaltsberatungen stetig von der Verwaltung (vorzugsweise im Planungsbereich) gehört, dass bestimmte Dinge aus Gründen von Personalknappheit nicht

umgesetzt werden können. Umso irritierender finden wir, dass es anscheinend ohne Probleme gelingt für eine abstruse und nicht genehmigungsfähige 13- geschossige Planung für eine Seniorenresidenz im Areal von Haus Meer reichlich Kapazität der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. So schlimm kann die Überlastung im technischen Dezernat wohl nicht sein, wenn hier in einem vermeintlichen Investorengehorsam, und weder von einem Ausschuss noch vom Rat bestellt, breite Personalkapazitäten zur Verfügung stehen.

Zum Abschluss möchte ich aber noch ein paar versöhnliche und lobende Worte loswerden. Unser Dank gilt dem Bürgermeister, der in der Verwaltung anscheinend eine deutlich wertschätzendere Form des Umgangs etabliert hat. Dieses nehmen wir sehr positiv zur Kenntnis und danken wie jedes Jahr für eine im Normalfall vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit. Ein großer Dank geht auch an Herrn Volmerich und die Mitarbeiter in der Kämmerei für die Erarbeitung des Haushalts und die gute, schnelle und fachlich wertvolle Beantwortung aller Fragen. Und natürlich danken wir auch den Fachbereichen, die sich tatsächlich um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bemüht und wertschätzend alle Fraktionen gleichbehandelt haben.

Wir wünschen viel Entspannung und Ruhe in der politikfreien Zeit und alles Gute für das kommende Jahr.

Joachim Quass